

## **Anfrage der SPD-Fraktion im Beirat für Migration und Integration für die Sitzung am 21.09.2017**

Thema: Aktueller Sachstand des geplanten Umzuges der Ausländerbehörde der Stadt Ludwigshafen am Rhein in andere Räumlichkeiten

Die Begründung des Antrages weist zu Recht darauf hin, dass ein Umzug der Ausländerbehörde in andere Räumlichkeiten für Ende 2018 geplant ist. An diesem Ziel wird festgehalten, darauf wird hingearbeitet.

Ausgangspunkte der Überlegung waren, dass in dem jetzigen Gebäude kein geeigneter Zugang für bewegungseingeschränkte Personen vorhanden ist und insbesondere der Eingangsbereich des Gebäudes aufgrund der baulichen Gegebenheiten keinen offenen, kundenfreundlichen Eindruck erweckt.

Relativ bald kam dann die Überlegung auf, über größere Lösungen nachzudenken. Dies beinhaltete ein räumliches Zusammenlegen der Ausländerbehörde mit dem Standesamt, der Einbürgerungsbehörde und dem Bürgerbüro, also den übrigen Abteilungen des Bereichs Bürgerdienste. Daneben wurde darüber nachgedacht, weitere verwaltungsinterne und –externe Akteure der Migrationsarbeit in das Gebäude aufzunehmen. Hintergrund hierfür sind zu erwartende positive Effekte für die Kund/innen und die Mitarbeiter/innen.

Demzufolge wurde der stadintern zuständige Bereich 4-13 Gebäudemanagement nach der Erstellung eines umfangreichen Anforderungsprofils beauftragt, entsprechende Räumlichkeiten zu suchen. In der Folge wurden drei Objekte besichtigt, von denen zwei nicht geeignet waren, hinsichtlich des dritten Objekts scheint der Eigentümer eine andere Lösung anzustreben.

Da zwischenzeitlich die Etagen 6 bis 15 des Rathausturmes geräumt und die dortigen Verwaltungseinheiten in anderen Objekten untergebracht werden mussten, hat sich die Situation des Büroimmobilienmarktes in Ludwigshafen weiter verschärft.

Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich die Suche in der Folge nicht allein auf ein Objekt für diese große Lösung, sondern auch auf ein Objekt allein für die Ausländerbehörde. Dabei wird aber bei den weiteren Überlegungen im Zusammenhang mit dem anstehenden Auszug der übrigen Abteilungen des Bereichs Bürgerdienste aus dem Rathaus und der Zukunft des Rathausturmes die Absicht nicht aus den Augen verloren, mittelfristig eine gemeinsame Räumlichkeit anzustreben.

Zum Zweck der Klärung der vorübergehenden alleinigen Unterbringung der Ausländerbehörde wurden ebenfalls drei Objekte besichtigt. Ein Objekt ist ungeeignet, bei zwei Objekten ist eine Anmietung grundsätzlich denkbar.

Hier sind die Bereiche 2-16 und 4-13 gerade dabei, eine möglichst sinnvolle Gestaltung der angebotenen Flächen zu konzipieren.

Beide Objekte liegen zentral und sind gut erreichbar. Weitere Angaben können derzeit nicht gemacht werden. Nach einer Konkretisierung wird der BMI entsprechend informiert werden.

2-16: